

NIEDERSCHRIFT

gem. § 46 TGO 2001 über die am Dienstag, dem 13. Dezember 2022 im Gemeindegemeinschaftssaal Telfes im Stubai abgehaltene 10. Gemeinderatssitzung in der Gemeinderatsperiode 2022 – 2028.

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 23.15 Uhr

Vorsitzender: Bürgermeister Peter Lanthaler

anwesend: Bgm.-Stellv. Helmut Schmid, GV Stefan Ilmer, GV Andreas Töchterle, GR Bernhard Penz, GR Anna Leitgeb, GR Manfred Hober, GR Stefanie Kirchmair-Daum, GR Christian Wild, GR Birgit Haas, Ersatz-GR Robert Span (für GV Heinz Hinteregger), Ersatz-GR Alexandra Egger-Haas (für GR Clemens Linder), Ersatz-GR Thomas Leitgeb (für GR Benedikt Wegscheider);

entschuldigt ferngeblieben: GV Heinz Hinteregger, GR Clemens Linder, GR Benedikt Wegscheider;

Schriftführer: AL Egon Maurberger

TAGESORDNUNG

- 1.) Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Eröffnung der Sitzung
- 2.) Genehmigung und Unterfertigung der Niederschrift der GR-Sitzung vom 15.11.2022
- 3.) Beratung und Beschlussfassung über einen Grundverkauf im Bereich der Gp. 977/13 KG Telfes
- 4.) Beratung und Beschlussfassung über ein Ansuchen um Übernahme der Gp. 325/5 KG Telfes in das Öffentliche Gut Weg
- 5.) Beratung und Beschlussfassung über eine Grundablöse im Bereich der Gp. 953 KG Telfes zur Verbreiterung des Gagersweges
- 6.) Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss einer Vereinbarung zur Gründung der Verwaltungsgemeinschaft „Fulpmes-Telfes“
- 7.) Beratung und Beschlussfassung über den Breitbandausbau in Telfes – Plöven
- 8.) Beratung und Beschlussfassung über den Ausbau der Kinderbetreuung in Telfes - Kinderkrippe

- 9.) Beratung über die Vorgehensweise bezüglich Neubaus von Wohnanlagen
- 10.) Beratung und Beschlussfassung über die Erlassung einer Verordnung über die Höhe der (Freizeitwohnsitzabgabe) und Leerstandsabgabe
- 11.) Beratung und Beschlussfassung über ein Ansuchen um finanzielle Unterstützung für die Sanierung des Widums und der Kirche
- 12.) Beratung und Beschlussfassung
 - a) über die Auflegung des von Arch. DI Günter Eberharder, Strass, ausgearbeiteten Entwurfes einer textlichen Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes im Bereich § 8 (Behördliche Maßnahmen) und im Bereich der Erläuterung der Zähler auf Seite 9
 - b) über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Raumordnungskonzeptes betreffend eine textliche Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes im Bereich § 8 (Behördliche Maßnahmen) und im Bereich der Erläuterung der Zähler auf Seite 9
- 13.) Beratung und Beschlussfassung über Richtlinien für Sportlerehrungen
- 14.) Beratung und Beschlussfassung
 - a) über den Ausschluss der Öffentlichkeit (§ 36 Abs. 3 TGO)
 - b) über die Abstimmung mit Stimmzettel (§ 45 Abs. 4 TGO)
 - c) über Personalangelegenheiten (Kindergarten)
- 15.) Bericht des Bürgermeisters
- 16.) Anträge, Anfragen und Allfälliges

Sitzungsprotokoll

zu Punkt 1)

Lanthaler: Begrüßt die anwesenden GR-Mitglieder, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die 10. Sitzung des Gemeinderates.

Die Angelobung von Ersatz-GR Alexandra Egger-Haas wird gem. § 28 TGO vorgenommen.

zu Punkt 2)

Lanthaler: Die Tagesordnung für die heutige Sitzung wurde den GR-Mitgliedern per Mail zugestellt. Das GR-Protokoll der Sitzung vom 15.11.2022 sowie Unterlagen für die heutige Sitzung wurden in die Dropbox gestellt. Gibt es Einwände bzw. Änderungswünsche oder Fragen zur Sitzungsniederschrift des Gemeinderates vom 15.11.2022?

Seitens des GR gibt es keine Einwände bzw. Änderungswünsche zur Sitzungsniederschrift vom 15.11.2022.

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig beschlossen, die Niederschrift der GR-Sitzung vom 15.11.2022 zu genehmigen und zu unterfertigen.

Die bei dieser Sitzung nicht anwesend gewesenen GR-Mitglieder stimmen nicht mit.

zu Punkt 3)

Lanthaler: Der GR hat Schmidt Florian den Kauf einer Teilfläche der Gp. 977/13 in Aussicht gestellt, damit nach Abbruch des bestehenden Wirtschaftsgebäudes auf Bp. 174 die Errichtung eines Wohnhauses möglich ist. Die Fläche, welche Schmidt erwerben möchte, beträgt 51 m². Sie liegt in der Gelben Gefahrenzone, jedoch außerhalb der Roten Gefahrenzone. Weiters ist nach Abtretung der Teilfläche der notwendige Grenzabstand zum ehemaligen Feuerwehrhaus Gagers noch gegeben. Weiters tritt Schmidt an der Süd-Ost-Ecke seines Grundstückes 1 m² an die Gemeinde ab, wodurch die Verkehrsverhältnisse (Sicht) verbessert werden können.

Ein Lageplan bzw. Vermessungsplan wird dem GR mittels Laptops und Beamer vorgelegt.

Egger-Haas: Liegt für das Wohnbauprojekt von Schmidt ein Projekt vor?

Lanthaler: Nein, das Wohngebäude hat in etwa die gleiche Kubatur und Höhe (EG und OG) wie das derzeit bestehende Wirtschaftsgebäude.

Wild: Ev. sollte geprüft werden, ob eine Mauererrichtung auf der anderen Wegseite Richtung Süden möglich ist und somit eine Entschärfung der Verkehrssituation erreicht werden kann.

Ilmer: Durch das derzeit bestehende Wirtschaftsgebäude ist der Verkehr unübersichtlich.

Lanthaler: Mit Schmidt wurde besprochen, dass im Falle eines Neubaus mit dem Wohnhaus ein wenig größerer Abstand zur Straße eingehalten wird, als wie jetzt der Abstand des Wirtschaftsgebäudes ist.

Töchterle: Nach der Entfernung des Wirtschaftsgebäudes und Errichtung eines Wohnhauses wird die Verkehrssituation somit übersichtlicher als wenn das Wirtschaftsgebäude bestehen bleibt.

Wild: Ist die Erhaltung des ehemaligen Feuerwehrhauses notwendig?
Ev. könnte an Schmidt Richtung Norden mehr Grund verkauft werden.

Lanthaler: Diese Sache soll Wild mit der Feuerwehrleitung besprechen.

Wild: Man sollte prüfen, ob zum Feuerwehrhaus mittels Bebauungsplans der Abstand zum Feuerwehrhaus reduziert werden kann.

Lanthaler: Das Feuerwehrhaus liegt im Freiland.
Zum Freiland hin werden Bebauungspläne von der Aufsichtsbehörde nicht gutgeheißen.

Maurberger: Da der Bereich, wo jetzt das Wirtschaftsgebäude steht, nur zum Teil als Bauland gewidmet sind, müsste der im Freiland liegende Teil und jener Bereich, welchen Schmidt von der Gemeinde erwerben will, noch in Bauland umgewidmet werden.
Ansonsten ist die Errichtung eines Wohngebäudes nicht möglich.

Lanthaler: Es ist für ihn klar, dass im Falle eines Verkaufes auch eine entsprechende Widmung für die Errichtung eines Wohngebäudes erfolgt.

Stellt den Antrag, die Teilfläche lt. Vermessungsplan an Schmidt zu verkaufen.

Einige GR sind der Meinung, dass sich vor einer Entscheidung über den Grundverkauf der Bauausschuss mit der Sache befassen soll, um ev. eine bessere Lösung für die Verkehrssicherheit erzielen zu können.

BESCHLUSS:

Der Antrag des Bürgermeisters wird abgelehnt.
Weiters wird der Bauausschuss beauftragt, einen Lokalausweis durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 6 Für- und 7 Gegen-Stimmen

zu Punkt 4)

Mit Schreiben vom 02.12.2022 bittet Franz Schwab sen. um Übernahme des Privatweges Gp. 325/5 in das öffentliche Gut Weg.

Das Schreiben sowie ein Lageplan werden dem GR mittels Laptops und Beamer vorgelegt.

Lanthaler: Bei der Gp. 325/5 handelt es sich um einen Teil des Hofweges.
Im Falle der Übernahme als Gemeindeweg könnte das Problem entstehen, dass andere Eigentümer von Privatwegen auch denselben Antrag stellen. Es gibt eine große Anzahl von Privatwegen im Dorf.

Schmid: Zuletzt wurden ähnliche Anträge vom GR abgelehnt.

- Töchterle: Lt. Raumplaner Arch. Eberharter sollten Gemeinden Privatwege als Gemeindewege übernehmen.
- Lanthaler: Seitens des Landes wird eine solche Vorgehensweise empfohlen.
- Töchterle: Im Falle einer Übernahme könnten ev. Probleme, welche es bei der Verlegung von Leitungen – z.B. Glasfaser – auf Privatwegen geben kann, vermieden werden. Vor einer Übernahme sollten auf alle Fälle gewisse Voraussetzungen erfüllt sein.
- Wild: Solche Voraussetzungen könnte z.B. eine gewisse Wegbreite, Schneeablageplatz etc. sein.
- Schmid: Welche Pflichten hat die Gemeinde nach einer Übernahme?
- Lanthaler: Sämtliche Pflichten wie bei anderen Gemeindewegen (Erhaltung, Sanierung, Schneeräumung etc.).
Eine weitere Voraussetzung für eine mögliche Übernahme könnte auch sein, dass der Privatweg bereits asphaltiert ist.
- Töchterle: Vor einer Übernahme von Wegen sollte weiters erhoben werden, was alles in diesen Wegen verlegt ist.
- Lanthaler: Stellt den Antrag, dass die Gp. 325/5 derzeit nicht als Gemeindeweg übernommen wird.
Es soll jedoch weiters der Bauausschuss beauftragt werden, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen Privatwege als Gemeindewege übernommen werden sollen.

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig beschlossen, die Gp. 325/5 derzeit nicht als Gemeindeweg zu übernehmen.
Weiters wird der Bauausschuss beauftragt, Prüfungen wie vom Bürgermeister vorgeschlagen durchzuführen.

zu Punkt 5)

- Lanthaler: Die Eigentümer der Gp. 953 beabsichtigt am süd-östlichen Teil des Grundstückes eine weitere Zufahrt zum Grundstück abzweigend vom Gagersweg zu errichten (um u.a. Bäume am Grundstück entfernen zu können).
Dafür ist die Mauer, welche derzeit neben der Gemeindestraße bis zur derzeitigen Einfahrt reicht, abzubrechen.
Der Gemeinde wurde in diesem Zuge angeboten, einen Grundstreifen der Gp. 953 im Ausmaß von ca. 11 m² kostenlos zur Verbreiterung des Weges abzutreten (von der bestehenden Grenzmauer auf Gp. 919/2 bis zur jetzigen Einfahrt auf Gp. 953).

Ein Lageplan wird dem GR mittels Laptops und Beamer vorgelegt.

Lanthaler: Die Gemeinde sollte dafür neben den Vermessungs- und Verbücherungskosten noch die Kosten für die Errichtung einer neuen straßenseitigen Mauer auf Gp. 953 übernehmen (zwischen der derzeitigen und der neuen geplanten Zufahrt – Höhe wie jetzige Mauer).
Glaubt, dass die Gemeinde dieses Angebot für die Verbreiterung des Gagersweges annehmen soll.
Ob die neue Zufahrt aufgrund des Geländes überhaupt machbar ist, muss noch von den Eigentümern geprüft werden.
Es könnte ev. schwierig sein, die Zufahrt herzustellen.

Wild: Wie schaut es mit einer Zufahrt zum Garten über den Bauersteinweg aus?

Lanthaler: Es handelt sich um einen Privatweg, auf dem derzeit für die Gp. 953 kein Geh- und Fahrrecht besteht.
Die Eigentümer der Gp. 953 könnten sich vorstellen, ein Stück ihres Grundes am nord-westlichen Grundstückseck abzuschrägen, damit eine bessere Einfahrt zum Bauersteinweg möglich wird.

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig beschlossen, aus der Gp. 953 KG Telfes einen Grundstreifen wie vorhin angeführt zur Verbreiterung des Gagersweges kostenlos zu erwerben.

Die Kosten für die Vermessung sowie für die grundbücherliche Durchführung werden von der Gemeinde Telfes im Stubai übernommen.

Weiters übernimmt die Gemeinde die Kosten für die Neuerrichtung einer Grenzmauer zur Gemeindestraße zwischen der jetzigen und der geplanten neuen Einfahrt neben dem Gagersweg.

zu Punkt 6)

Lanthaler: Über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Gemeinde Fulpmes wurde schon gesprochen.
In erster Linie soll während des Jahres 2023 die Gemeindekasse Telfes von der Gemeinde Fulpmes mitverwaltet werden, in weiterer Folge dann auch das Bauamt.
Die Gemeinde Fulpmes ist an einer solchen Verwaltungsgemeinschaft interessiert.
Es haben zuletzt mehrere Gespräche mit der Gemeinde Fulpmes, der Gemnova und der kufgem stattgefunden.
Die Gemnova würde die Zusammenlegung der Kassen begleiten.
Die dafür anfallenden Kosten betragen ca. € 11.000,-.
€ 8.000,- erhält man als Zuschuss vom Land, der Rest ist je zur Hälfte von den beiden Gemeinden zu tragen.
Im Zuge der Zusammenlegung ist die Einführung einer papierlosen Buchhaltung (und eines papierlosen Bauamtes) geplant.

Lanthaler: Die Kosten an die kufgem steigen dadurch um jährlich ca. € 10.000,- bis € 20.000,-.
Seitens des Landes erhält man jedoch auch dafür mehrere Jahre GAF-Mittel.

Ein Entwurf einer Kooperationsvereinbarung mit der Gemeinde Fulpmes wurde ausgearbeitet und den GR-Mitgliedern in der Dropbox zur Einsichtnahme bereitgestellt.

2023 ist in Fulpmes ein zusätzlicher Arbeitsplatz für die Gemeindekassa im Falle der Zusammenlegung der Kassen vorgesehen.

Wild: Was ist das Ziel der heutigen Sitzung?

Lanthaler: Der Abschluss der Kooperationsvereinbarung.

Wild: Die Kooperationsvereinbarung bzw. die vorgelegte Kostenschätzung der Arbeitsstunden (Personalkosten) ist seiner Meinung nach unvollständig. Es fehlt ihm die Grundlage, wie die Arbeitsstunden kalkuliert wurden. Gemeinkosten werden im Verhältnis 75 % Fulpmes und 25 % Telfes abgerechnet.

Lanthaler: Mittels Zeitmanagement wird genau erfasst, welche Arbeiten für die Gemeinde Fulpmes und welche für die Gemeinde Telfes erledigt werden. Anhand der Zeiterfassung werden dann die Kosten der jeweiligen Gemeinde zugeordnet.

Leitgeb T.: Ist der Meinung, dass die Angelegenheit im Finanzausschuss vorberaten gehört.

Lanthaler: Aufgrund der anstehenden Pensionierung von Falch 2023 drängt ein wenig die Zeit für eine Entscheidung und es soll daher heute eine Entscheidung über den Kooperationsvertrag getroffen werden. Seiner Meinung ist klar festgelegt, wie die Kosten aufgeteilt werden. Scheinbar trauen einige GR der Gemeinde Fulpmes nicht, dass die Kosten korrekt auf die Gemeinden aufgeteilt werden.

BESCHLUSS:

Es wird beschlossen, eine Entscheidung zu vertagen und den Finanzausschuss mit der Angelegenheit zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 11 Für- und 2 Gegen-Stimmen

zu Punkt 7)

Lanthaler: Die Gemeinde Telfes im Stubai hat für den Breitbandausbau in den Ortsteilen Plöven, Gagers und Kapfers mit geschätzten Kosten in der Höhe von ca. € 1,4 Mio. einen Förderantrag an den Bund (Förderung 50 %) gestellt. Hierzu kommt noch eine Landesförderung von 10 %.

- Lanthaler: Unverständlicherweise erhielt nun die Gemeinde Telfes im Stubai die Förderzusage für den Ausbau in Plöven mit geschätzten Kosten in der Höhe von € 800.000,- und A1 die Förderzusage für den Ausbau in Gagers und Kapfers.
Normalerweise erhält ein Antragsteller die Förderzusage für die gesamte Gemeinde und es erfolgt keine Splittung.
Eine Splittung wurde lediglich bei 3 Gemeinden in Tirol vorgenommen (neben in Telfes auch in Fulpmes).
In einem Gespräch mit A1 wurde der Gemeinde erklärt, dass für A1 eine Zurückziehung in Gagers und Kapfers zugunsten der Gemeinde nicht in Frage kommt.
- Es stellt sich jetzt die grundsätzliche Frage, ob die Gemeinde Telfes einen Ausbau nur im Ortsteil Plöven vornehmen soll.
Knapp die Hälfte der geschätzten Kosten von € 800.000,- sind von der Gemeinde zu finanzieren.
An Einnahmen erhält die Gemeinde nach dem Ausbau 30 % der monatlichen Gebühren, welche Private bzw. Betriebe an den Provider, welcher das Leitungsnetz der Gemeinde nutzt, bezahlen bzw. mit diesem einen Vertrag abschließen.
Wie hoch die Einnahmen sind, kann nicht gesagt werden.
Hängt davon ab, wie viele einen Vertrag mit dem Provider, welcher das Netz der Gemeinde nutzt, abschließen.
Weiters ist auch noch zu bedenken, dass A1 bereits einen Verteilerkasten in Plöven für Breitband in Betrieb hat.
- Wild: Hat nach einem Breitbandaus durch die Gemeinde diese auch dann die Netzinfrastruktur zu erhalten?
- Lanthaler: Ja;
- Leitgeb T.: Könnte A1 auch den Ortsteil Plöven übernehmen?
- Lanthaler: Im Falle der Zurückziehung des Förderansuchens durch die Gemeinde A1 oder ein anderer Provider nächstes Jahr einen Antrag auf Förderung stellen.
- Penz: Besteht für die Gemeinde eine Verpflichtung für den Breitbandausbau?
- Lanthaler: Nein, nicht zwingend;
Seitens des Landes sollte es jedoch zielführend sein, dass gewisse Infrastruktur in Gemeindebesitz ist (Wasser, Kanal, Breitband etc.).
- Schmid: Anhand neuer Regelungen soll es künftig möglich sein, dass z.B. ein Magenta-Kunde künftig auch das A1-Netz nutzen kann, ohne den Provider wechseln zu müssen.
- Wild: Wird bei div. Grabungsarbeiten ein Leerschlauch mitverlegt?

Lanthaler: Ja, diese wurde bisher gemacht.
 Falls die Gemeinde jedoch keinen Breitbandausbau durchführt, wird künftig der Provider, welcher im betroffenen Gebiet einen Ausbau durchführt, auch einen Leerschlauch bei Grabungen gleich mitverlegen.
 Bisher durch die Gemeinde mitverlegte Leerschläuche können ev. von einem Provider abgelöst werden.

Es findet im Jänner 2023 eine Besprechung wegen des Breitbandausbaues, an der die Bürgermeister von Fulpmes und Telfes, Vertreter des Landes und von A1 teilnehmen, statt.
 Aber wie schon mitgeteilt, zieht A1 die Förderzusage für den Ausbau in Gagers und Kapfers nicht zurück.

BESCHLUSS:

Es wird beschlossen, keinen Breitbandausbau im Ortsteil Plöven durch die Gemeinde durchzuführen und den Antrag auf Förderung zurückzuziehen.

Abstimmungsergebnis: 12 Für-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung

zu Punkt 8)

Mit Schreiben vom 02.12.2022 wurden von Andreas Töchterle (Telfer Gemeinschafts-Liste) nachstehende Anträge zur Beratung und Beschlussfassung eingebracht:

1. *Die Gemeinde Telfes macht es sich zum Ziel, in den nächsten Jahren die baulichen Voraussetzungen für eine zeitgerechte Kleinkindbetreuung zu schaffen und diese auch zu betreiben.*
2. *Es soll anhand der aktuellen Geburtenzahlen sowie der von Seiten der Gemeinde und auch von anderen Bauwerbern geplanten Bauvorhaben eine kurz- und mittelfristige Abschätzung der Auslastung von Schule und Kindergarten erfolgen, um gegebenenfalls auch hier erforderliche bauliche Anpassungen miteinzuplanen. Jedenfalls soll deren Erfordernis auf Basis der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen bzw. etwaiger behördlicher Empfehlungen sowie aufgrund von Gesprächen mit dem Kindergarten- und Schulpersonal geprüft werden. Das gilt auch für den Turnsaal.*
3. *Es soll im kommenden Jahr ein Planungsbüro beauftragt werden, eine Variantenstudie einschließlich einer groben Kostenschätzung durchzuführen. Dafür sind finanzielle Mittel vorzusehen. Ebenfalls soll im Budget für das Jahr 2023 die Beauftragung einer noch zu beschließenden Ausschreibungsplanung vorgesehen werden.*

Töchterle: Alle GR-Parteien hat als Wahlwerbung den Ausbau der Kinderbetreuung im Programm. Es sollten daher jetzt die entsprechenden Schritte in die Wege geleitet werden.

Lanthaler: Stimmt Töchterle zu, dass alle Parteien den Ausbau der Kinderbetreuung im Wahlprogramm hatten.
Die Kleinkinderbetreuung sowie die Ferienbetreuung werden derzeit in Telfes nicht angeboten.
Die Versorgung erfolgt daher in anderen Stubaier Gemeinden.
Grundsätzlich ist zu entscheiden, in welchen Bereichen die Gemeinde eigenständig vorgeht bzw. wo mit anderen Gemeinden zusammenarbeitet wird.
Wie man sieht, ist es derzeit sehr schwierig, Kindergartenpersonal (insbesondere für die Nachmittagsbetreuung) zu finden.
Sollte man kein Personal finden, steht die Nachmittagsbetreuung 2023 in Frage.

Haas: Eine bessere Bezahlung ist zu überdenken, um Personal zu finden.

Töchterle: Hat eine Fotomontage für einen möglichen Ausbau für eine Kinderkrippe und die Erweiterung der Turnhalle ausgearbeitet.

Die Fotomontage wird dem GR mittels Laptops und Beamer vorgelegt.

Töchterle, Wild: Erläutern dem GR die beiden nachstehenden Varianten:

Variante 1: Kindergartengebäude verlängern

Turnsaal bis Garage Feuerwehr
Kinderkrippenanbau bis Vordach Gemeindesaal
Vorplatz Gemeindesaal verlängern und Stiege verschwenken
oberer Zugang Gemeindesaal etwas schmaler

Variante 2: Gemeindesaal teilweise aufstocken

Einen Neubau einer großen Turnhalle unterhalb des Schulhofes, so wie vor einigen Jahren angedacht, findet er nicht als notwendig.
Eine Erweiterung des bestehenden Turnsaales reicht für Telfes aus.

Lanthaler: Beim ehemaligen Um- und Ausbau der VS Telfes hat die Dorferneuerung beim Land Tirol unterstützt (Ideenwettbewerb etc.).
Schlägt vor, dass man diese wieder beiziehen soll.
Zu überlegen ist, ob anstelle eines Erweiterungsbaues ein kompletter Neubau des Kindergartens angedacht werden soll.
Das Gebäude wurde in den 70iger Jahren errichtet und in den 90iger Jahren erweitert.
In ein Bauvorhaben soll auch der Mittagstisch miteinbezogen werden, da dieser in der Volksschule – Bastelraum – nicht ideal ist.

Schmid: Dass etwas zu unternehmen ist, ist klar.
Eine Versorgung in den anderen Stubaier Gemeinden ist nicht auf Dauer sichergestellt.
Scheinbar werden die Kapazitäten für Telfes in der Gemeinde Schönberg wegen Eigenbedarfs weniger.

- Maurberger: Die Kinder (Geburten) Zahlen der letzten drei Jahre werden bekanntgegeben.
- Schmid: In Fulpmes werden auch schon wieder Erhebungen für den Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen durchgeführt.
- Egger-Haas: Man soll bei Bauvorhaben die gesamtheitliche Dorfentwicklung betrachten. Findet es sinnvoll, Fachleute von der Dorferneuerung beizuziehen.
- Leitgeb T.: Beim Um- und Ausbau der VS war es auch von Vorteil, dass die Dorferneuerung beigezogen wurde.
- Wild: Für eine Studie sollte im Budget 2023 etwas vorgesehen werden (€ 30.000,-).

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig beschlossen, den Ausbau der (Klein)Kinderbetreuung unter Einbeziehung der Dorferneuerung beim Land Tirol in die Wege zu leiten und dafür im Budget 2023 Mittel bereitzustellen.

zu Punkt 9)

- Lanthaler: Es hat ein Gespräch mit Dr. Hollmann von der Abt. Bau- und Raumordnung beim Amt der Tiroler Landesregierung bezüglich Wohnanlagen in Telfes stattgefunden.
An dieser Besprechung nahmen neben ihm noch Heinz Hinteregger als Obmann des Bauausschusses, Alexandra Egger-Haas als Mitglied des Bauausschusses sowie Mag. Scheffauer und DI Baur vom Amt der Tiroler Landesregierung teil.
Wie bekannt, ist derzeit die Errichtung von mehreren Wohnanlagen ein Thema.
Man will keine Wohnanlagen, wo die Wohnungen am freien Markt verkauft werden und auch dafür kein so großer Bedarf besteht.
- Für Wohnanlagen ist die Erlassung eines Bebauungsplanes zwingend. Ein Rechtsanspruch auf die Erlassung bzw. auf einen gewissen Inhalt besteht nicht.
Hier hat der GR eine freie Handhabe (Bauhöhe, Baudichte etc.).
Gegen Entscheidungen des GR gibt es in Raumordnungsverfahren, wie die Erlassung eines Bebauungsplanes, kein Rechtsmittel.
- Im Gespräch mit dem Land wurde u.a. erwähnt, dass Bebauungspläne erst zu erlassen sind, wenn die Gemeinde in der Lage ist, die notwendige Infrastruktur (z.B. Abwasserbeseitigung) bereitzustellen.

Maurberger: § 54 Abs. 2 TROG lautet wie folgt:

(2) Bebauungspläne sind für die nach § 31b Abs. 1 erster Satz im örtlichen Raumordnungskonzept festgelegten Gebiete und Grundflächen zu erlassen, sobald

a) diese Gebiete bzw. Grundflächen als Bauland, als Sonderflächen oder als Vorbehaltsflächen gewidmet sind und

b) die Gemeinde finanziell in der Lage ist, die verkehrsmäßige Erschließung und die Erschließung dieser Gebiete bzw. Grundflächen mit Einrichtungen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung vorzunehmen.

Lanthaler: Wie bekannt, hat man heuer mit dem Ausbau bzw. Sanierung der Kanalisation inkl. Neubau eines Regenüberlaufbeckens begonnen. Die Arbeiten sollen 2025 abgeschlossen sein. Es sollte dann wieder eine ausreichende Kanalisation gegeben sein. Aufgrund der momentan unzureichenden Infrastruktur bei der Kanalisation ist ein Baustopp für Wohnanlagen bzw. die Nichterlassung von Bebauungsplänen für Wohnanlagen bis 2025 vertretbar bzw. begründbar und sogar notwendig.

Die Neue Heimat beabsichtigt in Kapfers auf einem Grundstück der Gemeindeguts-Agrargemeinschaft ein Wohnbauprojekt (Mietwohnungen). Auch hier wird ein sofortiger Bebauungsplan aus den angeführten Gründen (Infrastruktur) bzw. eine Umsetzung des Projektes bis 2025 nicht möglich sein. Bei diesem Projekt ist zudem noch eine Baulandwidmung notwendig, welche auch eine gewisse Vorlaufzeit braucht.

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig beschlossen, bis 2025 bzw. bis zur Erfüllung der Voraussetzungen nach § 52 Abs. 2 TROG – Fertigstellung der Erweiterung der Kanalisation im Jahr 2025 – keine notwendigen Bebauungspläne für Wohnanlagen zu erlassen (Baustopp für Wohnanlagen bis 2025).

zu Punkt 10)

Maurberger: Das Tiroler Freizeitwohnsitzabgabegesetz wurde mit dem Leerstandsabgabegesetz erweitert.

Mit Schreiben des Landes vom 13.10.2022 wird dazu u.a. mitgeteilt:

Ab 2023 ist für Gebäude, Wohnungen und sonstige Teile von Gebäuden, die über einen durchgehenden Zeitraum von sechs Monaten nicht als Wohnsitz verwendet werden, eine Leerstandsabgabe zu erheben. Weiterhin zu erheben ist auch die Freizeitwohnsitzabgabe für die Verwendung eines Wohnsitzes als Freizeitwohnsitz.

Noch im heutigen Jahr 2022 haben die Gemeinden in Bezug auf das Tiroler Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabengesetz folgende Schritte zu setzen:

- 1. Die Gemeinden haben in Bezug auf die Leerstandsabgabe noch in diesem Jahr eine Verordnung über die Höhe der Leerstandsabgabe zu beschließen und kundzumachen.*
- 2. Die Beträge für die Freizeitwohnsitzabgabe wurden im TFLAG Indexiert. Die Gemeinden haben daher die bisher geltenden Verordnungen im Hinblick auf die Abgabenhöhe zu überprüfen. Liegt die festgesetzte Abgabe unter den im Tiroler Freizeit- und Leerstandsabgabengesetz festgelegten Mindestbeträgen, so hat der Gemeinderat ebenfalls noch in diesem Jahr eine neue Verordnung zu beschließen und kundzumachen.*

Maurberger: Die Überprüfung der Abgabenhöhe hinsichtlich der Freizeitwohnsitzabgabe hat ergeben, dass die Höhe nicht unterhalb der festgelegten Mindestbeträge liegt.
 Bezüglich Festsetzung der Leerstandsabgabe ist auf den Verkehrswert der Liegenschaften in der Gemeinde Bedacht zu nehmen (z.B. anhand der Basispreise für das Grundstücksrasterverfahren).
 Der Verkehrswert ist allen Tiroler Gemeinden gegenüberzustellen.
 Demnach könnte in Telfes im Stubai die Abgabe mit 75 % des Höchstwertes festgesetzt werden.

Der GR spricht sich für eine Festsetzung in der Höhe von 75 % des Höchstwertes aus.

Maurberger: Von der Abgabepflicht der Leerstandsabgabe gibt es einige Ausnahmen nach § 7 des Gesetzes.
 Diese werden dem GR bekanntgegeben.

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig beschlossen, nachstehende Verordnung über die Höhe der Leerstandsabgabe zu erlassen:

Aufgrund des § 9 Abs. 3 des Tiroler Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabengesetzes, LGBl. Nr. 86/2022, wird verordnet:

§ 1

Festlegung der Abgabenhöhe der Leerstandsabgabe

Die Gemeinde Telfes im Stubai legt die Höhe der monatlichen Leerstandsabgabe einheitlich für das gesamte Gemeindegebiet

- a) bis 30 m² Nutzfläche mit 19,00 Euro,
- b) von mehr als 30 m² bis 60 m² Nutzfläche mit 38,00 Euro,
- c) von mehr als 60 m² bis 90 m² Nutzfläche mit 53,00 Euro,
- d) von mehr als 90 m² bis 150 m² Nutzfläche mit 75,00 Euro,

- e) von mehr als 150 m² bis 200 m² Nutzfläche mit 101,00 Euro,
- f) von mehr als 200 m² bis 250 m² Nutzfläche mit 131,00 Euro,
- g) von mehr als 250 m² Nutzfläche mit 161,00 Euro fest.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2023 in Kraft.

Weiters wird einstimmig beschlossen, die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe nicht zu verändern.

zu Punkt 11)

Mit Schreiben vom 02.12.2022 bittet die Pfarre Telfes um einen Zuschuss in der Höhe von 20 % zu den geschätzten Kosten in der Höhe von € 73.500, - für die Sanierung des Widums (Trockenlegung) und der Kirche (Fenster).
20 % sind € 14.700, -.

Das Schreiben der Pfarre sowie Bilder der Sanierung werden dem GR mittels Laptops und Beamer vorgelegt.

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig beschlossen, der Pfarre Telfes für die angeführten Arbeiten eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 14.700,- zu gewähren.

zu Punkt 12)

Lanthaler: Wie schon in der letzten Sitzung mitgeteilt, wurden seitens des Landes noch textliche Änderungen (Verbesserungen) bei der geplanten Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes im Bereich § 8 (Behördliche Maßnahmen) um im Bereich der Erläuterung der Zähler auf Seite 9 vorgeschlagen. Diese Änderungen wurden zwischenzeitlich vom Land bekanntgegeben.

Egger-Haas: War bei der Besprechung im Land dabei.
Durch die nun vom Land vorgenommenen Verbesserungen sollten ev. Unklarheiten vermieden werden.

Maurberger: Der vom Land vorgeschlagene Text inkl. noch einer von Raumplaner Arch. Eberharter durchgeführten kleinen Ergänzung bei D1 (in Absprache mit dem Land) lautet nun wie folgt und wird dem GR mittels Laptops und Beamer präsentiert:

ALTAbsatz 5 und 6 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Um für freistehende Objekte eine bodensparende Bebauung sicherzustellen, wird empfohlen die Grundstücksgröße nach Möglichkeit auf ca. 500 m² zu beschränken. Für größere Grundstücke ist jedenfalls ein Bebauungsplan zu erlassen.

Bebauungspläne sind bei nachgewiesenem Bedarf unter Beachtung der festgelegten Zeit- und Dichtezonen zu erstellen.

NEUAbsatz 5 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Die Dichtezonen werden wie folgt festgelegt:

D1: Dichtezone 1: überwiegend offene Bauweise; geringe Baudichte;

Die Bauplatzhöchstgröße ist, wenn es die Geländeverhältnisse und die Grundstücksform zulassen, auf max. 500 m² zu beschränken.

D2: Dichtezone 2: überwiegend offene bzw. gekuppelte und besondere Bauweise; mittlere Baudichte.

D3: Dichtezone 3: überwiegend geschlossene bzw. besondere Bauweise; hohe Baudichte.

Absatz 6 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Im Sinn des § 31b Abs. 1 TROG 2002 sind Bebauungspläne zu erlassen, wenn dies im Interesse einer geordneten baulichen Entwicklung erforderlich erscheint. Für die im Verordnungsplan mit dem Planzeichen „B!“ ausgewiesenen Bereiche ist die Erlassung von Bebauungsplänen jedenfalls verpflichtend. Zur Gewährleistung einer geordneten und Boden sparenden Bebauung wird für unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von mehr als 750 m² die Verpflichtung zur Bebauungsplanung gemäß § 31b Abs. 1 TROG 2022 festgelegt. Besteht für ein Gebiet bzw. ein Grundstück kein Bebauungsplan, ist Abs. 7 dieser Verordnung anzuwenden.

Absatz 7 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Gemäß § 31b Abs. 2 TROG 2022 wird für das gesamte Gemeindegebiet, unbeschadet des Abs. 6, folgende Bebauungsregel festgelegt:

Bei einer Baumassendichte von mindestens 1,0 und höchstens 2,2 sowie einer Nutzflächendichte von mindestens 0,25 bis höchstens 0,50 und einer neu errichteten Wohnnutzfläche von höchstens 220 m² sowie einer Anzahl von zwei oberirdischen Geschossen ist die Bebauung der Grundfläche im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auch ohne Erlassung eines Bebauungsplanes zulässig, sofern nicht für den betroffenen Bereich durch sonstige Festlegungen im Örtlichen Raumordnungskonzept eine Bebauungsplanpflicht besteht.

Absatz 8 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Bebauungspläne sind bei nachgewiesenem Bedarf unter Beachtung der festgelegten Zeit- und Dichtezonen zu erstellen.

(bisheriger Absatz 6)

ALT

Erläuterung der Zähler

Dichtezone:

D1: Dichtezone 1: überwiegend offene Bauweise; geringe Baudichte.

Bei einer Baumassendichte von mindestens 1,0 und höchstens 2,0 sowie einer zweigeschossigen Bauweise im Rahmen der umgebenden Baustruktur ist die Bebauung der Grundstücke im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auch ohne Erlassung eines Bebauungsplanes zulässig.

Für Wohnanlagen ist die Erlassung eines Bebauungsplanes zwingend.

NEU

Erläuterung der Zähler

Dichtezone:

streichen (nunmehr in § 8 Abs. 5 VO-Text festgelegt)

Lanthaler: Im Entwurf ist nun festgelegt, dass eine Bebauungsplanpflicht bis zu einer Baumassendichte von 2,2 nicht besteht.
In früheren Entwürfen war eine Dichte mit 2,0 festgelegt.
Ist der Meinung, dass man 2,2 festlegen soll.
Weiters ist im Absatz 7 eine Nutzflächendichte neu aufgenommen worden.
Lt. Land wird weiters angeregt, als weitere Bebauungsregel in Abs. 7 den Abstand zu Straßen einzufügen.
Findet eine solche Maßnahme nicht unbedingt erforderlich.

BESCHLUSS:

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Telfes im Stubai gemäß § 67 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43/2022, den von DI Arch. Günther Eberharder, Strass, ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Telfes im Stubai vom 10.12.2022, Zahl 356-ORK-002/22, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes vor:

textliche Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes im Bereich § 8 (Behördliche Maßnahmen) und im Bereich der Erläuterung der Zähler auf Seite 9

ALT

Absatz 5 und 6 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Um für freistehende Objekte eine bodensparende Bebauung sicherzustellen, wird empfohlen die Grundstücksgröße nach Möglichkeit auf ca. 500 m² zu beschränken. Für größere Grundstücke ist jedenfalls ein Bebauungsplan zu erlassen.

Bebauungspläne sind bei nachgewiesenem Bedarf unter Beachtung der festgelegten Zeit- und Dichtezonen zu erstellen.

NEU

Absatz 5 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Die Dichtezonen werden wie folgt festgelegt:

D1: Dichtezone 1: überwiegend offene Bauweise; geringe Baudichte;

Die Bauplatzhöchstgröße ist, wenn es die Geländeverhältnisse und die Grundstücksform zulassen, auf max. 500 m² zu beschränken.

D2: Dichtezone 2: überwiegend offene bzw. gekuppelte und besondere Bauweise; mittlere Baudichte.

D3: Dichtezone 3: überwiegend geschlossene bzw. besondere Bauweise; hohe Baudichte.

Absatz 6 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Im Sinn des § 31b Abs. 1 TROG 2002 sind Bebauungspläne zu erlassen, wenn dies im Interesse einer geordneten baulichen Entwicklung erforderlich erscheint. Für die im Verordnungsplan mit dem Planzeichen „B!“ ausgewiesenen Bereiche ist die Erlassung von Bebauungsplänen jedenfalls verpflichtend. Zur Gewährleistung einer geordneten und Boden sparenden Bebauung wird für unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von mehr als 750 m² die Verpflichtung zur Bebauungsplanung gemäß § 31b Abs. 1 TROG 2022 festgelegt. Besteht für ein Gebiet bzw. ein Grundstück kein Bebauungsplan, ist Abs. 7 dieser Verordnung anzuwenden.

Absatz 7 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Gemäß § 31b Abs. 2 TROG 2022 wird für das gesamte Gemeindegebiet, unbeschadet des Abs. 6, folgende Bebauungsregel festgelegt:

Bei einer Baumassendichte von mindestens 1,0 und höchstens 2,2 sowie einer Nutzflächendichte von mindestens 0,25 bis höchstens 0,50 und einer neu errichteten Wohnnutzfläche von höchstens 220 m² sowie einer Anzahl von zwei oberirdischen Geschossen ist die Bebauung der Grundfläche im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auch ohne Erlassung eines Bebauungsplanes zulässig, sofern nicht für den betroffenen Bereich durch sonstige Festlegungen im Örtlichen Raumordnungskonzept eine Bebauungsplanpflicht besteht.

Absatz 8 des § 8 (Behördliche Maßnahmen)

Bebauungspläne sind bei nachgewiesenem Bedarf unter Beachtung der festgelegten Zeit- und Dichtezonen zu erstellen.

(bisheriger Absatz 6)

ALT

Erläuterung der Zähler

Dichtezone:

D1: Dichtezone 1: überwiegend offene Bauweise; geringe Baudichte.

Bei einer Baumassendichte von mindestens 1,0 und höchstens 2,0 sowie einer zweigeschossigen Bauweise im Rahmen der umgebenden Baustruktur ist die Bebauung der Grundstücke im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auch ohne Erlassung eines Bebauungsplanes zulässig.

Für Wohnanlagen ist die Erlassung eines Bebauungsplanes zwingend.

NEU

Erläuterung der Zähler

Dichtezone:

streichen (nunmehr in § 8 Abs. 5 VO-Text festgelegt)

Gleichzeitig wird gemäß § 67 Abs. 1 lit. c TROG 2022 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

zu Punkt 13)

Maurberger: Bisher gelten nachstehende Richtlinien für Sportler-Ehrungen für Erfolge in der allgemeinen Klasse:

	<i>Olympia</i>	<i>WM</i>	<i>EM</i>
<i>1. Platz</i>	<i>2.000,-</i>	<i>2.000--</i>	<i>keine Regelung</i>
<i>2. Platz</i>	<i>1.500,-</i>	<i>1.500,-</i>	
<i>3. Platz</i>	<i>1.000,-</i>	<i>1.000,-</i>	

Maurberger: Es wird vorgeschlagen, auch für Erfolge bei EM Richtlinien festzulegen. Da im Gegensatz zu Olympiaden Weltmeisterschaften öfter stattfinden, sollte auch hier eine Abstufung vorgenommen werden.

Folgende Richtlinien werden vorgeschlagen, wobei es unerheblich ist, ob ein Erfolg in der allgemeinen Klasse in einer Einzel- oder in einer Mannschafts-Sportart erreicht wird.

	<i>Olympia</i>	<i>WM</i>	<i>EM</i>
1. Platz	€ 2.000,-	€ 1.500,-	€ 1.000,-
2. Platz	€ 1.500,-	€ 1.000,-	€ 500,-
3. Platz	€ 1.000,-	€ 500,-	€ 250,-

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig die vorgeschlagenen Richtlinien für Sportler-Ehrungen beschlossen.

zu Punkt 14 a)

Lanthaler: Bisher war es üblich, bei Personalangelegenheiten die Öffentlichkeit auszuschließen (wegen separaten Protokolls).

Der GR ist für den Ausschluss der Öffentlichkeit.

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig beschlossen, bei den Punkten 14 b und 14 c die Öffentlichkeit auszuschließen.

Aufgrund des Ausschlusses der Öffentlichkeit wird für die Punkte 14 b und 14 c eine gesonderte Sitzungsniederschrift verfasst, die der Einsichtnahme durch die Öffentlichkeit nicht zur Verfügung steht.

Bei einem solchen Punkt sind die Mitglieder des Gemeinderates zum Stillschweigen über die Einzelheiten der Beratung und der Abstimmung verpflichtet. Die allgemeine Niederschrift hat nur den Wortlaut der gefassten Beschlüsse zu enthalten.

zu Punkt 14 b)**BESCHLUSS:**

Es wird beschlossen, die Abstimmung beim Punkt 14 c ohne Stimmzettel durchzuführen.

zu Punkt 14 c)**BESCHLUSS:**

Es wird beschlossen, Frau Lisa Wallnöfer als Stützkraft für den Kindergarten gem. Ausschreibung anzustellen.

zu Punkt 15)**Bericht des Bürgermeisters:****Haltestelle Stubaitalbahn – StuBay:**

Lanthaler: Falls 2023 die geplante Haltestelle nicht verlegt und neu gebaut wird, erfolgt keine Verlegung bzw. Finanzierung durch die IVB mehr.
 Die Gemeinde hat für den Bau keine Kosten zu tragen, hat jedoch die notwendigen Servituts Vereinbarungen für einen Zugang von der Haltestelle zum Stubay abzuschließen (mit Pfarre etc.).
 Vor Jahren war ein Servitutsvertrag bereits ein Thema, konnte jedoch nicht abgeschlossen werden.
 Seiner Meinung nach sollte man die Sache weiterverfolgen.

Schmid: Wird mit allen Beteiligten einen Gesprächstermin vereinbaren.

Dienstgeberbeitrag Familienlastenausgleichsgesetz:

Maurberger: Ab 2025 sinkt der Dienstgeberbeitrag gem. Familienlastenausgleichsgesetz von 3,9 auf 3,7 %.
 Bereits 2023 und 2024 sinkt der Beitrag bereits auf 3,7 %, wenn dafür seitens der Gemeinde ein Beschluss vorliegt.

Der GR spricht sich einstimmig dafür aus, einen solchen Beschluss zu fassen.

BESCHLUSS:

Es wird einstimmig beschlossen, dass in Anwendung des § 41 Abs. 5a Z 7 FLAG der Dienstgeberbeitrag für alle Bediensteten der Gemeinde Telfes im Stubai für das Jahr 2023 und 2024 auf 3,7 v.H. gesenkt wird.

GGA – Beitragsprüfung:

Lanthaler: Seitens der Krankenkasse hat eine Beitragsprüfung bei der GGA Telfes stattgefunden.
 Insbesondere wurde die Abfuhr der Beiträge für den Hirten geprüft.
 Mangels Vorliegens von Ordnern für die Jahre 2019 und 2020 konnte für diesen Zeitraum keine Prüfung erfolgen.
 Es wird daher zu einer Nachverrechnung kommen.
 Die Höhe ist noch nicht bekannt.

Dienstprüfung Tanzer Sarah:

Lanthaler: Tanzer Sarah hat die schriftliche Dienstprüfung mit gutem Erfolg bestanden.
 Die mündliche Dienstprüfung folgt Anfang Jänner 2023.

zu Punkt 16)

Anträge, Anfragen und Allfälliges:

StuBay:

- Schmid: Kürzlich erschien im Bezirksblatt ein Bericht über die Sanierungsarbeiten im StuBay.
Die Haftung für das Darlehen, welches für die Sanierung aufgenommen werden musste, übernimmt die Gemeinde Fulpmes.
- Lanthaler: Nach Durchführung der Sanierungsarbeiten ist scheinbar das Sportbecken noch undicht.

Beheizung Gemeindesaal:

- Haas: Bittet, dass bei künftigen Sitzungen im Gemeindesaal auf eine ausreichende Beheizung des Saales geachtet wird.
Heute ist es viel zu kühl im Saal.

Mobilitätstag:

- Leitgeb T.: Kann leider nicht am Mobilitätstag teilnehmen.
- Töchterle: Wird daran teilnehmen.

Turnhalle – Schlüssel:

- Ilmer: In den Wintermonaten finden Trainings der Mannschaften des FC Stubai in den Turnhallen der Gemeinden statt.
3 Mannschaften mit je 2 Trainern nutzen die Halle in Telfes im Stubai.
Damit nicht jeder einzelne Trainer immer einen Schlüssel im Gemeindeamt holen muss, wird vor der Turnhalle die Anbringung eines Schlüsselkastens als sinnvoll befunden.
- Lanthaler: Ein Schlüsselkasten wurde bereits bestellt.
Äußert Bedenken, dass der Code für den Kasten nicht geheim bleibt und somit Nichtbefugte in die Halle gelangen können.

Fernwärme Telfes:

- Penz: Wie ist der Stand bezüglich Fernwärme in Telfes?
- Lanthaler: Trotz mehrerer Anfragen an den Betreiber Kurt Schwarz bekommt man keine genaue Antwort, ob und wann Gebäude in Telfes an das Bioheizwerk angeschlossen werden können.

Leitplanke zwischen Brücken in Plöven:

Span: Die Leitplanke am Wegrand zwischen den Brücken in Plöven stellt eine unzureichende Absicherung gegenüber dem Schlickerbach dar.
Die Absicherung sollte daher verbessert werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt Bürgermeister Lanthaler um 23.15 Uhr die 10. Sitzung des Gemeinderates.

Der Vorsitzende:

Die Gemeinderäte:

Der Schriftführer: